Lyon 1831 - Moskau 1969

Historische Betrachtung zur Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien – 1. Teil

In seinem Bild „Die Freiheit führt das Volk" hat sie einer der größten französischen Maler des 19. Jahrhunderts, Eugène Delacroix, gestaltet; sie, die Hauptakteure der Julirevolution von 1830, die Helden des Straßenkampfes und der Barrikaden: Arbeiter, Geistesschaffende, Studenten und Kleinbürger, das Volk von Paris.

Karl X. von Bourbon, der König der adligen Restauration von 1814/15, mußte abdanken. Doch nicht das kämpfende Volk ergriff die Macht. Louis Philippe, Herzog von Orleans, wird König, Bürgerkönig, genauer König der Großbourgeoisie. „Von jetzt an werden in Frankreich die Bankiers herrschen", so sagte es treffend Lafitte, selbst ein Bankier.

Eine soziale Kraft aber war in den letzten Julitagen des Jahres 1830 so profiliert, so entscheidend in Erscheinung getreten, daß die neuen Herrscher sie einfach nicht übersehen konnten: die Arbeiterklasse. „Wenn, wie es heute geschieht, eine Dynastie sich gründet auf den Heroismus der Arbeiter, dann" — so versprach es Minister Dupin — „muß die Dynastie auch etwas für das Wohl dieser heroischen Arbeiter tun."

Demagogische Worte! Das aber geschah dann ein reichliches Jahr später in Wirklichkeit.

Am 21. November 1831 erhoben sich die Seidenweber von Lyon in einem großen Aufstand spontan gegen die unerträglich gewordene kapitalistische Ausbeutung. „Arbeitend leben oder kämpfend sterben!" schrieben sie auf ihre Fahnen. Am 23. November ist die Stadt in den Händen der Arbeiter. Zehn Tage brauchen die Truppen der Regierung Louis Philippes — 20 000 Mann mit 50 Kanonen —, um die heldenmütig kämpfenden Arbeiter von Lyon niederzuwerfen.

Trotz der Niederlage rief der Lyoner Seidenwebernaufstand, dieser historische Vorläufer der Pariser Kommune von 1871 — wie ein Jahr vorher die Julirevolution —, in ganz Frankreich und in zahlreichen anderen europäischen Ländern einen ungeheuren Eindruck hervor, ermutigte die Unterdrückten zu neuen Kämpfen.

Ein „Geheimnis" wird enthüllt

Es war weithin sichtbar geworden, daß eine neue Klasse, das Proletariat, die Arena des Weltgeschehens betreten hatte. Und darin bestand auch die weltweite historische Bedeutung dieser ersten großen selbständigen Klassenschlacht des Proletariats.

Niemand hatte das zunächst besser erkannt als die kapitalistische Bourgeoisie selbst.

„Journal des Débats", die Zeitung des rechten Flügels der französischen Großbourgeoisie, schrieb in ihrer Ausgabe vom 8. Dezember 1831: „Der Lyoner Aufruhr hat ein schwerwiegendes Geheimnis aufgedeckt, das Geheimnis des Kampfes, der innerhalb der Gesellschaft zwischen der Klasse der Besitzenden und der Klasse der Besitzlosen stattfindet.

Die Barbaren, die die Gesellschaft bedrohen, befinden sich weder im Kaukasus noch in den tatarischen Steppen, sie hausen in den Vororten unserer Fabrikstädte ...

Die Mittelklasse (im Unterschied zum Adel und zu den Arbeitern die Bourgeoisie — A. H.) muß sich der Lage der Dinge völlig bewußt werden ..."

Zugleich eine allgemeine Strategie gegenüber der Arbeiterklasse formulierend, heißt es in dem Blatt weiter: „Sie (die Bourgeoisie — A.H.) muß mit Sorgfalt zugleich vermeiden hereinzufallen oder sich grausam und tyrannisch zu zeigen.

Hereinfallen sagen wir, und sie täte das, wenn sie die proletarische Flut in die Regierung, in unsere Gemeindeinstitutionen, in die Wahlkörper eintreten ließe, in all das, was den Staat ausmacht ...

Es handelt sich nicht um die Republik, nicht um die Monarchie, es handelt sich um die Rettung der Gesellschaft."

Damit hatte die Bourgeoisie — von ihrem Standpunkt aus, zu ihrer Selbstverständigung — eine Frage von weltgeschichtlicher Bedeutung völlig richtig aufgeworfen: die Frage nach Aufgabe, Rolle und Zukunft der Arbeiterklasse in der weiteren geschichtlichen Entwicklung, die Frage nach der historischen Mission der Arbeiterklasse.

Die Autoren des „Journal des Débats" hatten die Arbeiterklasse als eine revolutionäre Klasse erkannt, die eine Gefahr für die Existenz ihrer, der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung darstellt. Daß sie dabei ihre Ordnung als die Gesellschaft überhaupt ansahen, die es vor dem Untergang zu retten gelte, daß sie dabei die unterdrückte Klasse mit abwertenden Attributen belegten, dieses Verfahren teilen sie mit allen Ideologen reaktionärer Ausbeuterklassen bis in die Gegenwart.

Nicht „grausam und tyrannisch" gegen Arbeiter

Bemerkenswert, weil aktuell (!), sind auch die Empfehlungen, die sie für eine allgemeine Strategie der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse zur Erhaltung der bestehenden Ordnung geben.

Sich nicht „grausam und tyrannisch" zu verhalten, das orientiert — neben der Anwendung brutaler Gewalt, wie eben in Lyon — auf eine Linie, die den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft verhüllen und durch eventuelle Zugeständnisse an die Arbeiter den Klassenkampf dämpfen soll.

Viel wichtiger aber war den Autoren des „Journal des Débats", die revolutionäre Arbeiterklasse auf keinen Fall an all das heranzulassen, „was den Staat ausmacht". Keine Mitbestimmung der Arbeiter in Staat und Gesellschaft, keinen Anteil an der Ausübung der Macht, darin zeigte sich schon sehr früh das antidemokratische Wesen der Großbourgeoisie, aber auch die Erkenntnis, daß die Frage des Staates und der Macht die wichtigste, die entscheidende Frage im Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat darstellt.

Es geht nicht mit 4000 reichen Leuten

Natürlich beschäftigten sich nicht nur die Ideologen der damaligen reaktionären Großbourgeoisie vom Schlage der Autoren des „Journal des Débats" mit diesem historisch neuen Phänomen, der werdenden modernen Arbeiterklasse.

Hervorragende Denker, aus den damals herrschenden Klassen stammend, wie der Graf Claude-Henri de Saint-Simon, der Kaufmannssohn François-Marie-Charles Fourier in Frankreich sowie der Baumwollfabrikant Robert Owen in England unterzogen die kapitalistischen Verhältnisse einer vielseitigen und treffenden Kritik, entwarfen das Bild einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, zeichneten ein in vielem die reale Entwicklung vorwegnehmendes Bild des Sozialismus.

Über einen von ihnen schrieb Heinrich Heine in einem Bericht für die Augsburger „Allgemeine Zeitung": „... und wie oft sah ich ihn in seinem grauen, abgeschabten Rock längs den Pfeilern des Palais Royal hastig dahinschreiten, die beiden Rocktaschen schwer belastet, so daß aus der einen der Hals einer Flasche und aus der anderen ein langes Brot hervorguckten. Einer meiner Freunde, der ihn mir zuerst zeigte, machte mich aufmerksam auf die Dürftigkeit des Mannes ..." Es war der alte Charles Fourier. Durch seine eigenen Erfahrungen als ehemaliger Großkaufmann und Handlungsreisender war er zu einem der schärfsten und genialsten Kritiker der kapitalistischen Verhältnisse geworden. Die Hauptursache für alle sozialen Gebrechen dieser „verkehrten Welt", wie er sie nennt, in der sich die Interessen der Gesellschaftsmitglieder feindlich gegenüberstehen, sieht er in der Planlosigkeit und Anarchie der kapitalistischen Produktion. In einer gesellschaftlich betriebenen, planmäßig organisierten und geleiteten Produktion sieht Fourier die Grundlage für eine Ordnung, in der die persönlichen und gesellschaftlichen Interessen der Menschen übereinstimmen, in der alle Menschen ihre Fähigkeiten und Talente voll entwickeln können.

Aber, wie auch Saint-Simon und Owen, erkannte er in der Arbeiterklasse noch nicht jene gesellschaftliche Kraft, die auf revolutionärem Wege jene neue, sozialistische Ordnung errichten und entwickeln wird, sondern eine leidende Klasse, der man helfen muß.

Mit Hilfe von etwa 4000 reichen Leuten Europas — an die er sich in zahlreichen Denkschriften und Briefen wandte — wollte er durch Gründung sogenannter Phalanstérien, Produktionsgemeinschaften, Beispiel schaffen, um auf nichtrevolutionärem Wege die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umzuwandeln.

In der Illusion, die neue Gesellschaft auf nichtrevolutionärem Wege mit Hilfe der herrschenden Klasse erreichen zu können, im Nichtverstehen der historischen Mission der Arbeiterklasse als Schöpfer der neuen Gesellschaft liegt es hauptsächlich begründet, daß die sozialistischen Auffassungen Fouriers, Saint-Simons und Owens notwendigerweise utopisch bleiben mußten.

Dipl.-Historiker Alfred Hopfer
Sektion für Marxismus-Leninismus

System der marxistisch-leninistischen Bildung

Der VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und besonders die vergangenen Tagungen des ZK der SED machten nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die neuen, großen vor uns stehenden Aufgaben bei der weiteren Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution, im Kampf gegen imperialistische Ideologie und gegen revisionistische Auffassungen weitaus höhere Anforderungen an die marxistisch-leninistische Bildung eines jeden von uns stellen. Im Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 3. April 1969 wurde daher „die systematische Verbreiterung und Vertiefung der Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus, das gründliche Studium der politisch-ideologischen Grundfragen unserer Zeit" für alle Hochschulangehörigen zu einer Frage von „erstrangiger Bedeutung" deklariert. Um dieser Aufgabenstellung zu entsprechen, ist eine neue Qualität der marxistisch-leninistischen Aus- und Weiterbildung an den Universitäten und Hochschulen erforderlich.

Aus diesem Grunde wurden an unserer Hochschule die einzelnen Teilbereiche der marxistisch-leninistischen Aus- und Weiterbildung für das Studienjahr 1969/70 und darüber hinaus bis 1975 erstmalig zu einem in sich geschlossenen und mit anderen Bereichen organisch verbundenen System zusammengefaßt, das in seinen vielfältigen differenzierten Formen alle Hochschulangehörigen erfaßt.

Die Basis dieses Systems, das den Kern und die Grundlage der sozialistischen Erziehung und des Gesamtsystems der Aus- und Weiterbildung an der Hochschule darstellt, bildet das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium der Studenten. In einem vierjährigen Zyklus studieren diese entsprechend der inneren Logik des Marxismus-Leninismus in zeitlicher Nacheinanderfolge die Grundkurse dialektischen und historischen Materialismus, Politische Ökonomie des Sozialismus sowie einige spezielle Probleme des westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus, den Grundkurs wissenschaftlichen Sozialismus sowie Grundlinien der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung.

Die nächsthöhere Form der marxistisch-leninistischen Aus- und Weiterbildung stellt das Doktorandenseminar dar. In einem zweijährigen Lehrgang werden von den Forschungsstudenten, Assistenten und Aspiranten ausgewählte weltanschaulich-philosophische und politisch-ökonomische Grundfragen studiert werden. Entsprechend der Idee des wissenschaftlich-produktiven Studiums kommt hier wie auch in allen anderen Formen der marxistisch-leninistischen Aus- und Weiterbildung dem Selbststudium der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, Parteibeschlüsse und neuester gesellschaftswissenschaftlicher Literatur der entscheidende Platz zu. Über die Teilnahme am Seminar hinaus ist der Doktorand berechtigt, seine vertieften Kenntnisse im Fach Marxismus-Leninismus auch in anderer Form nachzuweisen, sei es als Zirkelleiter im Grundstudium, im Parteilehrjahr und FDJ-Schuljahr, oder als Zirkelleiter im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich außerhalb unserer Hochschule, sei es durch seine direkte Teilnahme an Forschungsvorhaben der Sektion Marxismus-Leninismus.

Ein weiteres Glied des Systems der marxistisch-leninistischen Aus- und Weiterbildung sind Großveranstaltungen für alle Hochschulangehörigen, die alle zwei Monate durchgeführt werden.

Alle Hochschullehrer, leitenden Angestellten und wissenschaftlichen Mitarbeiter, soweit sie nicht Hörer der marxistisch-leninistischen Abendschule bzw. Teilnehmer des Doktorandenseminars sind, haben die Möglichkeit, sich in einem Kursystem auf Sektionsebene im Laufe eines fünfjährigen Zyklus vertiefte Kenntnisse des Marxismus-Leninismus anzueignen. Aus Anlaß des 100. Geburtstages des Begründers des Sowjetstaates werden im ersten Jahreskurs 1969/70 ausgewählte aktuelle Probleme des Leninismus studiert werden.

Probleme der Sozialismustheorie, der Politischen Ökonomie des Sozialismus, des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung bilden den Inhalt der folgenden Jahreskurse. Um die Möglichkeit zu nutzen, stets die neuesten Probleme unmittelbar in den Sektionskollegien studieren zu können, sind Veranstaltungen eingeplant, die direkt aktuellen Geschehnissen vorbehalten bleiben.

Für Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter, die bereits über tiefere Kenntnisse des Marxismus-Leninismus verfügen, werden im Hochschulrahmen je ein Zirkel zu Grundfragen der marxistisch-leninistischen Militärpolitik und der Organisations- und Leitungswissenschaften durchgeführt.

Das Kernstück des Systems der marxistisch-leninistischen Aus- und Weiterbildung ist die marxistisch-leninistische Abendschule für Hochschullehrer und leitende Kader der Hochschule. Ein Kurs an ihr dauert in der Regel im fünfjährigen Turnus ein Jahr.

Das Parteilehrjahr ist integrierender Bestandteil des dargestellten Systems. Gesonderte Veranstaltungen werden daher nur für die Arbeiter und Angestellten unserer Hochschule durchgeführt, die nicht in den bisher geschilderten Formen erfaßt sind.

Gleichfalls eingeschlossen in das System der marxistisch-leninistischen Aus- und Weiterbildung sind FDJ-Schuljahr und die Gewerkschaftsschulung.

Aufgabe aller Beteiligten wird es sein, einen Beitrag zu leisten, die Persönlichkeit der sozialistischen Wissenschaftler unserer Gegenwart zu formen, die fähig und willens sind, ihr hohes Wissen und Können überall und jederzeit bewußt in den Dienst der sozialistischen Gemeinschaft zu stellen.

Dr. Aribert Kraus

„Vom Lebensmittelkrawall..."

Vor 50 Jahren: Generalstreik in Chemnitz

... zur politischen Aktion"

Das ist die Überschrift eines Artikels, der zwei Drittel der Titelseite des „Kämpfer", dem Bezirksorgan der KPD Chemnitz/Erzgebirge, vom 9. August 1919 füllt. Die Partei zieht darin das Fazit aus den Ereignissen der vorangegangenen Tage in Chemnitz.

Seit Anfang 1919 verfolgte die reaktionäre deutsche Bourgeoisie die Taktik, die revolutionären Arbeiter in den Städten und Industriezentren nacheinander zu provozieren, um sie in isolierten Kämpfen niederschlagen zu können. Im Sommer 1919 begannen die Unternehmer, unterstützt von den reaktionären Behörden, in Chemnitz die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu sabotieren. Ziel der Reaktion war, die hungernden Arbeiterinnen und Arbeiter, die die Notlage ihrer Familien beseitigen wollten, zu spontanen Aktionen auf die Straße zu treiben.

Auf diese Weise sollte in Chemnitz, einem der revolutionärsten Zentren der deutschen Arbeiterbewegung, ein Schlag der Konterrevolution geführt werden, noch ehe sich — wie im Februar 1919 in Bremen und danach in Berlin, Hamburg, im Ruhrgebiet, in verschiedenen mitteldeutschen Städten und schließlich im April in München — die Arbeiter zu machtvollen Kampfaktionen um die Rätemacht organisiert erheben konnten.

„Laßt Euch nicht irreführen!"

Die Leitung der Chemnitzer KPD hatte unmittelbar nach dem Scheitern der Novemberrevolution richtige Schlußfolgerungen aus den veränderten Kampfbedingungen gezogen. Sie erkannte, daß der Kampf nicht unmittelbar um die Errichtung der Diktatur des Proletariats geführt werden konnte. Die Partei sah ihre wichtigste Aufgabe jetzt darin, feste Verbindungen mit den Massen zu schaffen. Sie bemühte sich, in den großen Massenorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, wirksam zu werden und die Arbeiter von opportunistischem Einfluß zu befreien. Genauso wichtig war der Kampf der KPD gegen den verderblichen Einfluß der rechten Kräfte von SPD und USPD.

Mit diesem Beitrag geben wir einen weiteren Einblick in Ergebnisse wissenschaftlich-produktiven Studiums der marxistisch-leninistischen Grundrichtungswissenschaften durch Studenten unserer Hochschule.

Wir veröffentlichen Auszüge aus einer Arbeit der Studenten Rainer Arnhold und Peter Fritzsch (FDJ-Gruppe 68/1), angefertigt im Rahmen des Studiums der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als Zuarbeit für eine Kollektivdarstellung der Kämpfe der Chemnitzer Arbeiter vor und während des Kapp-Putsches.

(Bearbeiter von Dr. phil. Hans Münch)

Als, beginnend im Juli 1919, Lebensmitteldemonstrationen in Chemnitz stattfanden, warnte die KPD-Ortsgruppe die Arbeiter. Sie sah, daß diese durchaus verständlichen Aktionen der hungernden Bevölkerung in Chemnitz der Konterrevolution gerade recht sein mußten, um Anlässe zum Eingreifen und damit zum Angriff auf die in der Novemberrevolution erzwungenen demokratischen Rechte und Freiheiten der Arbeiter mit allen Mitteln zu suchen. Deshalb hieß es in einem Aufruf der KPD vom 17. Juli 1919: „Laßt Euch nicht irreführen!" Doch die Reaktion gab keine Ruhe und brachte Anfang August durch völlige Desorganisation der Versorgung, unterstützt durch lancierte Gerüchte über Lebensmittelhortungen in „jüdischen Geschäften" sowie durch Preiserhöhungen, die empörten Massen auf die Straße. Am 7. und 8. August 1919 erreichten die „Lebensmitteldemonstrationen" ihren Höhepunkt.

Nachdem sich am Nachmittag des 7. August Tausende Werktätige auf dem Königsplatz versammelt hatten, schlug die Reaktion zu. Nach Einsatz einer Abteilung Bereitschaftspolizei gegen die Demonstranten vor dem Rathaus verhängten die Militärbehörden den verschärften Belagerungszustand über Chemnitz.

Die organisierte Arbeiterschaft nahm die Herausforderung an. Die Mehrheit der Arbeiter in den Chemnitzer Betrieben erwartete jetzt von der KPD Taten gegen den Reichswehrterror. In dieser komplizierten und veränderten Situation stellte sich die Partei an die Spitze der Bewegung. Aus Vertretern der KPD, SPD und USPD bildete sich ein Aktionsausschuß, die sogenannte „13er-Kommission", die die Forderungen der Arbeiter in Verhandlungen mit dem Rat der Stadt vertrat; nämlich die Lösung der Lebensmittelfrage, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Kasernierung der Truppen und Pressefreiheit.

„... wenn dein starker Arm es will!"

Noch vor Beendigung dieser Verhandlungen wurden Reichswehrtruppen nach Chemnitz geschickt. Die auf dem ehemaligen Königsplatz versammelten Arbeiter stürmten spontan zum Hauptbahnhof, entwaffneten teilweise die Angreifer, und es gelang ihnen, die Truppen aus der Stadt zu drängen und die Kontrolle über Chemnitz zu erlangen. Der folgende Angriff der Noske-Reichswehr kostete der friedlich versammelten Arbeiterschaft 18 Tote und zahlreiche Verletzte.

Angesichts dieser Bluttat sahen sich die örtlichen Führungen der SPD und USPD zur Aktionseinheit mit der KPD gezwungen. Die Arbeiterklasse war Herr der Lage. Die Militärs wagten keinen neuen Angriff, solange die Chemnitzer Arbeiterschaft einig handelte.

Am 11. August zerbrach auf Betreiben der sozialdemokratischen Führung die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. In einer Vertrauensleutevollversammlung lehnten die Sozialdemokraten die Fortsetzung des Generalstreiks ab. Gestützt auf halbe, unverbindliche Versprechungen der Regierung, sprachen sie sich auch auf einem von der SPD gedruckten Flugblatt gegen den Generalstreik aus. Diese Haltung ermunterte die reaktionären Kräfte zu neuem Vorgehen gegen die Arbeiter, zu Terror und vor allem zu verstärkter Kommunistenverfolgung. Am 23. August 1919 wurde der „Kämpfer" verboten, mit dem die KPD während der Augustereignisse eine enorme Aufklärungsarbeit leistete.

Zum Zeitpunkt der Augustkämpfe 1919 in Chemnitz war die KPD gerade ein halbes Jahr alt. Ihre Haltung und ihr Handeln jedoch berechtigten zu der Feststellung, daß allein die junge Kommunistische Partei auf Grund der richtigen Einschätzung der politischen Lage und des Klassenkräfteverhältnisses die Massen im Kampf gegen Militarismus und Konterrevolution zu führen vermochte. Die Partei war es, die am bedachtesten an die Aufgaben heranging, die immer wieder versuchte, leichtsinnige und gefährliche Schritte zu verhindern, die bis zuletzt die Aktionseinheit aller Arbeiter aufrechtzuhalten suchte und die schließlich, nach dem Verrat der Rechtsopportunisten, beim Einmarsch der Reichswehr am 19. August 1919 die Werktätigen zur Ruhe und Disziplin aufrief, um sinnloses Blutvergießen zu vermeiden.

SLUB
Wir führen Wissen.
TECHNISCHE UNIVERSITÄT CHEMNITZ